



P r o t o k o l l

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.05.2017
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr
Sitzungsende:	17:49 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Hantelmann, Klaus

Vertretung für Frau KAbg.
Elke Großer

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Brandes, Katrin

Ordentliche Mitglieder

Deitmar, Reinhard

Eichenlaub, Günter

Glier, Andreas

Kanter, Heike

Münch, Janna

Resch-Hoppstock, Sabine

Stoppok, Arnfred

Wagner-Judith, Christiane

Wolfrum, Manfred Dr.

abwesend ab 17.20 Uhr

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Försterling, Björn

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Behrens-Schröter, Petra Diakonie
im BS Land- Kreisstelle WF

Vertreterin
Arbeitsgemeinschaft der
Wohlfahrtsverbände
Vorsitzender örtliche
Pflegekonferenz

Harmel, Ralf

Protokollführer

Heintzen, Tanja

Protokollführerin

Von der Verwaltung

Bender, Sylvia

Leiterin Amt für Arbeit und
Soziales

Dr. von Nicolai, Dorothea

Freisler, Markus

Leiterin Gesundheitsamt
Amt für Arbeit und Soziales

Fricke, Kathrin

Steuerung und
Öffentlichkeitsarbeit

Klooth, Kathrin

Dezernentin III

Knaubert-Lang, Jacqueline

Leiterin Fachberatung

Politik, Gesellschaft,

Netzwerk- Projekte, u.a.

Lehmann, Rüdiger

Leiter Amt für Ordnung und
Verbraucherschutz

Pinkert, Claudia

Koordinatorin Migration und
Teilhabe

Steinbrügge, Christiana

Landrätin

Vogel, Thomas

Geschäftsführer jobcenter

Wolfenbüttel

Vogt, Kornelia

Pressesprecherin

Walter, Sabine

Leiterin Jugendamt

Wilhelm, Andree

stellvertretender

Pressesprecher

Als Gäste

Porath

van Berg, Ruth

Es fehlen:**Vorsitz**

Großer, Elke

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Meyer, Hans-Andreas

Kreisseniorenbeauftragter

Von der Verwaltung

Glasenapp, Jens

Leiter Abteilung Allgemeine
Sozialhilfe

Löb, Susanne

Gleichstellungsbeauftragte

Wollschläger, Gudrun

Leiterin Referat für Schule
und Sport

Tagesordnung:**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 3. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 30.03.2017 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Monatlicher Bericht zur Lage der Flüchtlinge im Landkreis Wolfenbüttel
7. Bericht von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern aus der Stadt Wolfenbüttel
8. Geschäftsbericht des jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2016
Vorlage: XVIII-0136/2017
9. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch - Zweites Buch; hier: Dienstleistungseinkauf Forderungseinzug
Vorlage: XVIII-0064/2017
10. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Wolfenbüttel; Sachstandsbericht zum Pilotprojekt "Mobilticket"
Vorlage: XVIII-0128/2017
11. Einfache Sprache
Vorlage: XVIII-0135/2017
12. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
13. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Brandes eröffnet um 16:03 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 3. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 30.03.2017 (§§ 23, 5d GO)

Nach kurzer Anregung von Frau KAbg. Wagner-Judith künftig die Anlagen des Protokolls auf weniger Seiten zu komprimieren, fasst der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen ohne weitere Aussprache nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 3. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 30.03.2017 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

Frau Waschau von der Initiative Lichtblick lobt die Projekte Mobilticket und Sozialticket und trägt als Bitte vor, hierbei den zu begünstigten Personenkreis großzügig zu fassen und dabei ebenfalls an die generell einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Wolfenbüttel, die über der Leistungsgrenze liegen, zu denken. Des Weiteren möchte sie wissen, in welcher Form ein solches Ticket angedacht und wo es erhältlich sein soll. Ferner regt sie an, dass Ticket nicht Sozialticket zu nennen.

Frau Steinbrügge erklärt hierzu, dass zurzeit noch geklärt wird, wer zu den Begünstigten gehören wird. Darüber hinaus existieren zu der Ausgabe und der Form der Tickets erst erste Ideen im ÖPNV Lenkungsreis.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Frau KAbg. Wagner-Judith trägt eine Anfrage zur Erstattung einer Brille für einen Sozialhilfeempfänger bzw. Asylbewerber vor, da ihr nicht klar ist, ob es hier einen Zuschuss geben kann. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass bei Asylbewerbern ja nur Akuterkrankungen abgegolten werden. Die Antwort wird über das Protokoll nachgereicht

Hinweis der Verwaltung:

Für Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG (Analogleistungen) werden Leistungen entsprechend der gesetzlichen Krankenversicherung gewährt. Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres haben danach Anspruch auf die Versorgung mit Sehhilfen. Bei Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, besteht der Anspruch nur, wenn sie trotz Brille auf dem besseren Auge max. 30 % Sehvermögen haben. Auf Grund gesetzlicher Änderungen im April 2017 haben auch Personen mit einer Kurz- oder Weitsichtigkeit von mehr als sechs Dioptrien oder bei einer Hornhautverkrümmung (Astigmatismus) und mehr als vier Dioptrien auf mindestens einem Auge einen Anspruch auf Sehhilfen.

Für Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG können nur in besonderen Einzelfällen Sehhilfen gewährt werden (§ 6 Abs.1 AsylbLG). Es werden die Voraussetzungen der Krankenversicherung zugrunde gelegt, so dass weder eine Schlechterstellung noch eine Besserstellung im Vergleich zu dem zuvor genannten Personenkreis und zum Personenkreis des SGB II und SGB XII erfolgt.

Kosten für ein Brillengestell werden nicht übernommen, nur für Gläser. Die Höhe der Festbeträge dafür legt die Krankenkasse fest und bewegt sich zwischen ca. 10,00 € und 100,00 € pro Glas..

Frau KAbg. Wagner-Judith möchte Herrn KAbg. Dr. Wolfrum im Nachgang zu ihrer persönlichen Erklärung nunmehr auffordern, den strittigen Artikel in den nächsten Tagen von der Homepage der AfD zu löschen.

Herr KAbg. Dr. Wolfrum bittet darum, dass ihm der Redebeitrag von Frau KAbg. Wagner-Judith zugestellt wird. Der Artikel wird dann gelöscht.

Hinweis der Verwaltung:

Zustellung des Redebeitrages erfolgte am 12.05.2017 per Mail.

Herr KAbg. Stoppok fragt nach, ob das Thema Gesundheitsmonitoring auf Grund des Schreibens der „Wolfenbüttler AtomAusstiegsGruppe“ von Frau Bischoff zur weiteren Bekanntmachung aufgegriffen wird.

Frau Steinbrügge bestätigt, dass das Thema in der nächsten Sitzungsrunde aufgegriffen wird.

Herr KAbg. Försterling trägt die Angelegenheit einer betreuten Person vor. Der Betreuer gibt seit 20 Jahren eine jährliche Vermögensauskunft ab. Nun soll er eine monatliche Vermögenserklärung abgeben. Welche Hintergründe hat diese Änderung der Herangehensweise?

Frau Bender erläutert, dass der Einzelfall geklärt wird.

Hinweis der Verwaltung:

Vermögensverhältnisse der Leistungsberechtigten werden regelmäßig in Abständen von ca. 2 Jahren überprüft.

Auch in dem hier angesprochenen Fall wurde davon nicht abgewichen. Es handelt sich hier lediglich um eine missverständliche Formulierung im Schreiben. Der betroffene Betreuer wird persönlich informiert werden.

TOP 6 Monatlicher Bericht zur Lage der Flüchtlinge im Landkreis Wolfenbüttel

Herr Lehmann legt den aktuellen Bericht zur Lage der Flüchtlinge mit Stand vom 31.03.2017 im Landkreis Wolfenbüttel anhand einer Power-Point-Präsentation dar. Diese Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

TOP 7 Bericht von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern aus der Stadt Wolfenbüttel

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Brandes begrüßt Frau van Berg und Frau Porath als ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen im Willkommenscafé des Roncallihauses.

Frau van Berg stellt ihre Tätigkeit vor. Des Weiteren macht sie auf das Problem aufmerksam, dass es zurzeit zu wenige ehrenamtliche Helfer gibt, die unterstützend tätig sind und hierdurch viele Belange nicht erfüllt werden können.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock erkundigt sich, wie viele ehrenamtliche Helfer das Willkommenscafé derzeit hat und wie viele Flüchtlinge das Angebot annehmen.

Frau van Berg führt hierzu aus, dass von ehemals 30 nur noch 15 Helfer im Moment tätig sind. Regelmäßig besuchen derzeit 30 Flüchtlinge das Café, wovon jeder seinen individuellen Anspruch hat. Die Öffnungszeiten werden den Bedürfnissen so gut es geht angepasst. Es gibt auch Nachmittags- und Abendangebote.

Herr KAbg. Försterling lenkt den Fokus auf das Problem der Kinderbetreuung, um solche Angebote anzunehmen. Er regt an, das Problem bei den einzelnen Initiativen abzufragen, um zu sehen wie stark dieses ist.

Frau Steinbrügge erläutert, dass es beim Kinderbetreuungsangebot schon Fortschritte zu verzeichnen gibt.

Frau Knaubert-Lang bestätigt dies. Es gibt Frauenkurse mit Kinderbetreuung im Salawo als auch Einzelfälle, wo mit dem Kinderservicebüro die Betreuung geregelt wird. Es ist jedoch zurzeit nicht möglich ein Konzept zum Aufbau einer Struktur hinsichtlich der Kinderbetreuung zu entwickeln, da derzeit keine planbaren Zahlen, über wie viele Kinder geredet wird, vorliegen.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock führt hinsichtlich des Salawo aus, dass die Betreuung nicht refinanziert sondern selbstfinanziert war und erfragt den neueren Stand.

Frau Walter führt hierzu aus, dass es rechtlich schwierig ist, die Betreuungskosten zu finanzieren. Das Jungendamt handhabt es so, dass diese Kosten derzeit aus Präventionsmittel geleistet werden.

**TOP 8 Geschäftsbericht des jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2016
Vorlage: XVIII-0136/2017**

Herr Vogel stellt die Vorlage XVII-0136/2017 anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage 2 beigelegt.

Herr KAbg. Glier bittet darum den Geschäftsbericht noch in das Kreistagsinformationssystem einzustellen.

Von der Vorlage Nr. XVIII-0136/2017 wird Kenntnis genommen.

**TOP 9 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch -
Zweites Buch; hier: Dienstleistungseinkauf Forderungseinzug
Vorlage: XVIII-0064/2017**

Frau Klooth stellt die Vorlage XVII-0064/2017 kurz vor. Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende Beschlussempfehlung:

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Kreistag beauftragt die Landrätin die in der Anlage beigelegte Zusatzverwaltungsvereinbarung nach § 44 b Abs. 4 S. 1 SGB II zur Dienstleistung O.8 – Forderungseinzug zwischen der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter Wolfenbüttel und dem Landkreis Wolfenbüttel abzuschließen.
2. Für den kommunalen Teil der Forderungen finden die Wertgrenzen der aktuellen Dienstanweisung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen des Landkreises Wolfenbüttel Anwendung. Der Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin des Jobcenter Wolfenbüttel hat in diesem Zusammenhang die Befugnisse eines Leiters oder einer Leiterin eines Fachamtes. Der Dezernent oder die Dezernentin für Arbeit und Soziales übt die Befugnisse der zuständigen Dezernatsleitung aus.

**TOP 10 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Wolfenbüttel;
Sachstandsbericht zum Pilotprojekt "Mobilticket"**

Vorlage: XVIII-0128/2017

Herr Lehmann stellt die Vorlage XVII-0128/2017 vor.

Frau Steinbrügge ergänzt hierzu, dass mit dem Mobilticket am großen Rad gedreht werden soll. Es wird sich eine preisgünstige Jahreskarte vorgestellt, welche ein ganz attraktives Angebot darstellt, um den ÖPNV häufiger zu nutzen. Die Idee dazu ist, dass der Regionalverband mit dem Landkreis Wolfenbüttel zunächst einmal ein räumlich begrenztes Pilotprojekt entwickelt, um es später auszuweiten. Als Zeithorizont für das Mobilticket ist auf Grund der Größe des Projektes das Jahr 2019 angedacht. Für das Sozialticket hingegen soll eine kurzfristigere Möglichkeit der Einführung gefunden werden.

Herr KAbg. Försterling würde gerne Auskunft hinsichtlich folgender Fragen erhalten:

1. Was kostet der ÖPNV derzeit?
2. Welche Personenzahlen stehen letztendlich hinter dem angedachten Personenkreis für das Sozialticket?

Ferner schlägt Herr KAbg. Försterling vor, dass die begünstigten Personen einfach ein vergünstigtes Monatsticket bei der Gemeinde oder beim Landkreis kaufen können, das der Landkreis vorher beim Verband zum normalen Preis einkauft.

Frau Steinbrügge erklärt hierzu, dass verschiedene Varianten von einer Monatskarte bis zum 10er Streifen vorstellbar sind. Dies muss erst noch beraten werden. Gleiches gilt für den begünstigten Personenkreis, so dass hier zurzeit noch keine konkreten Zahlen benannt werden können.

Frau KAbg. Münch erkundigt sich, ob die Bahncard im Tarifverbund anwendbar ist.

Herr Lehmann verneint dies.

Frau KAbg. Wagner-Judith lobt die Herangehensweise der Verwaltung, rügt jedoch die derzeitige Tarifstruktur. Ferner stellt sie kurz das Modell von Bremen vor. Dort gibt es eine Karte, die alle Fahrten verbucht. Am Ende des Monats wird die kostengünstigste Variante abgerechnet.

Von der Vorlage Nr. XVIII-0128/2017 wird Kenntnis genommen.

TOP 11 Einfache Sprache Vorlage: XVIII-0135/2017

Frau Steinbrügge stellt die Vorlage XVII-0135/2017 kurz vor.

Frau KAbg. Wagner-Judith gibt den Hinweis, dass sich Neuerkerode ebenfalls mit dem Thema einfache Sprache beschäftigt und es sinnvoll wäre eine Zusammenarbeit herzustellen.

Herr Vogel führt an, dass die Bundesagentur für Arbeit dieses Thema zurzeit ebenfalls umsetzt und das Jobcenter hier miteingebunden ist.

Von der Vorlage Nr. XVIII-0135/2017 wird Kenntnis genommen

TOP 12 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Frau Klooth informiert, dass der Behindertenbeirat weiterhin neu zu besetzen ist. Leider liegen bis heute nicht genügend Vorschläge für Mitglieder vor. Aus diesem Grund findet am 20.06.2017 eine Infoveranstaltung statt, in der für die Mitarbeit im Beirat geworben werden soll.

Frau Bender informiert, dass die Einladungen hierzu zeitnah herausgehen und darüber hinaus ein entsprechender Presseartikel veröffentlicht wird.

TOP 13 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 17.49 Uhr.

Brandes
(stellvertretende Vorsitzende)

Klooth
(Dezernentin III)

Heintzen
(Protokollführerin)

Anlagen:

1. Info Flüchtlingssituation
2. Jahresbericht jobcenter

Vorsitzender

Protokollführer/in